Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Nummer 24 — **München / 4. Jahrgang** — **15. Juni 1917**

Polen.

Der Polenkurs. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ enthalten in ihren Ausgaben vom 7. Juni von offenbar sehr gut unterrichteter Seite zwei Warschauer Briefe. Einer derselben enthält die folgenden Ausführungen:

Nun noch einige Worte über die Juden Polens. Den in Deutschland lebenden Deutschen wie Juden sind sie trotz der gewaltig angeschwollenen Literatur nur wenig bekannt. Ob sie an sich den Deutschen in Polen ganz oder teilweise gleichgültig, persönlich angenehm oder das Gegenteil sind, tut hier nichts zur Sache; auch die Gründe der verschiedenen Beurteilung müssen hier unerörtert bleiben. Denn es kommt hier nicht auf Gefühle an, sondern auf das, was den Deutschen ersprießlich ist. Es genügt hier festzustellen, daß das „Königreich Polen“ (immer ohne Suwalki) entgegen den Redereien der Polen nicht ein rein polnisches Land ist, sondern etwa 28 v. H., nationaler Minderheiten in sich hat, davon 5 v. H. Deutsche und etwa 15 v. H. Juden. Großenteils seit acht Jahrhunderten in Polen ansässig, haben die Juden, obwohl vielfach unterdrückt, doch das Land als solches lieb gewonnen, betrachten es, unbeschadet des Gedankens an Palästina, als ihr Heimatland. Andererseits haben sie zumeist mit großer Treue die mitgebrachte deutsche Sprache bewahrt, nur daß diese, weil ohne Zusammenhang mit Deutschland gesprochen, in mancher Hinsicht stehen blieb, in anderer sich eigenartig entwickelte. Durch Veränderung der Aussprache und Aufnahme weiterer fremder Bestandteile (Hebräisch, Polnisch, außerdem Russisch, Litauisch usw.) ist dann die „Jidische“ Sprache, der „Jargon“, entstanden. Diese Sprache wolle man ja nicht (Unwissenheit und Haß tun das ja freilich oft) für gleich mit der Gaunersprache halten. Sie ist ein besonderer Dialekt oder eine Sprache (wie man will), von fünf bis sechs Millionen namentlich östlich von Deutschland und in New York gesprochen, von einer noch größeren Anzahl verstanden. Durch diese Sprache, aber auch durch Religion, Lebensgewohnheiten und Abstammung unterscheiden die Juden in Polen sich scharf von den Polen, schärfer als von den Deutschen. Sie sind, wie sie selbst oft ausgesprochen haben und immer wieder sagen, eine von den Polen und von den Deutschen verschiedene Nationalität; sie wollen nicht germanisiert werden, aber noch weniger polonisiert. Es war und ist ein schwerer Fehler auf Seiten der „Deutschen Macht“, daß sie die Eigenart, den völkischen Charakter der Juden Polens verkannt hat. Als Berater in jüdischen Angelegenheiten hat man einen der freisinnigen Volkspartei angehörigen deutschen Reichtagsabgeordneten ausgesucht, der allerdings durch persönliche Freundlichkeit und durch Linderung mancher materiellen Not sich nicht wenige Herzen gewonnen hat, der aber religiös dem gesetzestreuen Judentum fern steht und keine Kenntnis der Juden Polens nach Warschau mitgebracht hat. Unter seinem Einfluß und dem zweier auch aus Deutschland gekommener Rabbiner hat man am 1. November 1916 eine „Verordnung über die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau“ gegeben. Diese Verordnung bedeutet zwar einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen, insofern der jüdischen Religion eine gesetzliche Vertretung gegeben, der übergroße Einfluß der dem Judentum fast ganz entfremdeten wenigen großen Steuerzahler vermindert und die Stellung der Rabbiner verbessert wird; aber sie verkennt, daß bei den Juden Polens Religion und Nationalität aufs innigste zusammenhängen, daß ihnen der Begriff „Religionsgesellschaft“ völlig fremd ist, und sie gibt für jüdische Schulen keine Daseinssicherheit.

Die Polen sind als Slawen und Katholiken Gegner der Juden. Diese Gegnerschaft hat sich, nachdem die Juden in Warschau bei einer Wahl zur Duma einem Sozialdemokraten gegen einen antisemitischen Polen zum Siege verholfen hatten, zu grimmigem Hasse gesteigert. Das zeigte sich in diesem Kriege z. B. darin, daß die Polen da, wo die Deutschen vor den Russen zeitweilig wieder hatten zurückgehen müssen (so zweimal in Lodz) die Juden bei den Russen der Verräterei beschuldigten und dadurch, ohne daß sie selbst ihre Hände mit Blut befleckten, Grausamkeiten schwerster Art gegen die Juden veranlaßten.

Die deutsche Verwaltung hätte diese Gesinnung kennen und benutzen müssen: es war sehr leicht, 15 v. H. der Bevölkerung Polens zu zuverlässigen Freunden Deutschlands zu machen und so eine Summe von nationalen Minderheiten, 28 v. H., zu bilden, die durch dauernd gültige Satzungen gegen Polonisierung und Vergewaltigung geschützt werden konnte. (Man denke an Hindenburg-Ludendorffs Wirken im Gebiete Ober-Ost!) Statt dessen verweigerte man den Juden nationale Rechte und schützte sie nur teilweise und erst nach lange dauernden lauten Beschwerden gegen Zurücksetzungen, Bedrückungen und Beschimpfungen seitens des antisemitischen Magistrats in Warschau und des dortigen in seiner überwiegenden Mehrheit ebenso gesinnten Stadtrats.

Sogar in den „polnischen Staatsrat“ wurde, wie kein Deutscher, so auch kein Jude ernannt, obwohl dort nach der Zahl der Juden Polens zwei hätten sein sollen. (K. Nathansohn ist nur dem Namen nach Jude; er ist einer der fanatischsten

„Assimilatoren“ und hat seine drei Kinder taufen lassen.)

Statt die großen Massen der nationalgesinnten Juden (die „Volksgruppe“ und die „Zionisten“) durch kluges Erfüllen berechtigter Wünsche zufrieden und in deutschfreundlicher Gesinnung zu erhalten, legt man ihnen Schwierigkeiten in den Weg. Das gut geleitete (in jidischer Sprache gedruckte) Warschauer Tageblatt hat man sein Erscheinen einzustellen genötigt, und man fördert statt dessen das seit dem 1. Februar d. J. erscheinende „Jüdische Wort“. Durch dieses suchen die beiden vorhin erwähnten Rabbiner, die für Deutschlands Interessen offenbar des rechten „Verständnisses“ ermangeln, die Juden Polens gegen deren Willen zu polonisieren und vermehren und vertiefen nur die zwischen den dortigen Juden vorhandenen Gegensätze.

Die Deutschen und die Juden Polens blicken mit ernster Besorgnis in die Zukunft. Beide sind speziell überzeugt, daß nach dem Kriege, sobald die deutsche Macht sich zurückgezogen habe, Judenverfolgungen schlimmster Art (Boykott, Rechtsverweigerungen usw.) ausbrechen werden. Möchten diese Zeilen dazu beitragen, daß diesen Besorgnissen gewehrt werde!

Die Juden Polens — ein „zugewandertes Element“. In dem letzten Heft der Berliner „Neuen Jüdischen Monatshefte“ vom 10./25. Mai d. J., das dem jüdischen Sozialisten und der Revolution in Rußland gewidmet ist, erschien u. a. ein Bericht aus Warschau, der über das Vorgehen des polnischen Staatsrates sehr interessante Informationen bringt. Gegenüber dem Verlangen des Staatsrates, sofort das gesamte Schul- und Justizwesen zu übernehmen, hat die deutsche Regierung auf einen Schutz der Minoritäten gedrungen. Insbesondere die deutsche Minorität in Lodz vertritt ja das große wirtschaftliche und kulturelle Interesse des Deutschtums, so daß ihre Erhaltung dringend notwendig erscheint, aber auch die fast 15 Prozent der Gesamtbevölkerung betragende jüdische Minorität beansprucht die Erhaltung ihrer kulturellen und nationalen Eigenart mit immer wachsendem Nachdruck. Auf ein dementsprechendes Ersuchen der deutschen Verwaltung hat sich nun der Staatsrat dahin ausgesprochen, daß er als Minoritäten lediglich die Litauer, Ruthenen, Weißrussen und Deutschen, keineswegs aber die Juden, anzuerkennen gedenkt, die nur „Zugewanderte“, also Fremde, seien. Er leugnet deshalb ihr Recht auf eigene Schulen ab. Mit dieser Klassifizierung stellte sich der Staatsrat genau auf den Standpunkt Rumäniens. Darüber, wie der Staatsrat überhaupt dazu kam, Minderheitsrechte zu proklamieren, teilt der Bericht folgendes mit:

„Der Staatsrat tut es nicht aus eigenem Willen. Erstens ist die ganze Behandlung der Nationalitätenfrage auf Anregung aus Berlin erfolgt. Sodann haben die Ruthenen, Litauer und Weißrussen ihre Unzufriedenheit mit der polnischen Politik in schärfster Weise zum Ausdruck gebracht. Erst dieser Umstand hat die polnischen Führer gezwungen, eine neue Politik einzuschlagen. Sie tun nun so, als wollten sie den Ruthenen, Litauern und Weißrussen etwas schenken, während sie ihnen doch in Wirklichkeit zugunsten der polnischen Nationalität viel nehmen wollen. Handelt es sich doch nicht um die Rechte dieser Nationalitäten auf polnischem historisch-ethnographischen Gebiet, sondern auf eigenem nationalen Boden. In diesen Gebieten bilden aber nicht die erwähnten drei Nationalitäten, sondern eben die Polen die Minorität! Minderheitsrechte kommen lediglich in Bezug auf die Deutschen in Betracht, und deshalb hat man sie auch bei der Aufzählung an die vierte Stelle gesetzt. Man gibt ihnen dadurch zu erkennen, daß man ihnen die Rechte auf national-kulturelle Eigenart deshalb nicht zuspricht, weil es das Gewissen befiehlt, sondern weil man nicht anders handeln kann. Haben doch die Deutschen immerhin ein klein wenig zur Befreiung Polens beigetragen, haben sie doch die Möglichkeit, ein Wörtchen in die Verhältnisse hineinzureden! ...Und den Juden will man keine Rechte gewähren, weil die polnischen Führer wähnen, es würde sich für die Juden niemand einsetzen. ... Die neuliche Zusage des Staatsrats, die Juden als gleichberechtigte Bürger in der Zukunft zu betrachten, erweist sich als nichtig. Recht bald nach diesem Versprechen erfahren wir, daß die öffentlich anerkannten ‚Bürger‘ im geheimen Protokoll als ‚Zugewanderte‘ und ‚Ankömmlinge‘ figurieren.“

Die erste Handlung des befreiten neuen Polens geht dahin, andere zu unterdrücken und sie ihrer kulturellen Rechte zu berauben. Die Haltung des Staatsrates ist um so unverständlicher, als die preußischen Polen mit Zustimmung ihrer Landsleute im Königreich für die Provinz Posen die kulturellen Rechte fordern, die die Polen in ihrem eigenen Lande andern verweigern.

Von den Warschauer Gemeindewahlen. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Jüdischen Gemeinde in Warschau haben die Assimilanten Beratungen abgehalten und als ersten Punkt ihres Wahlprogramms eine Verständigung mit einem Teil der Orthodoxie aufgestellt. Die Hauptlosung der Assimilanten bei den kommenden Wahlen wird der Kampf gegen die Nationalisten sein. Auch die sogenannten „Unparteiischen“ haben bereits über ihre Stellung zu den kommenden Wahlen beraten. Es wurde beschlossen, eine neue Partei zu gründen, die alle jene an sich ziehen soll, die weder zu den Nationalisten, noch zu der „Aguda hoorthodoxim“ gehören. Der neuen Partei will sich auch ein Teil der „Neoassimilanten“ anschließen. Es wurde auch beschlossen, ein Organ in polnischer Sprache herauszugeben.

Antisemitismus in Polen. Die jüdischen Studenten der Universität und des Polytechnikums in Warschau verlangten Vertretung in den studentischen Ausschüssen der genannten Hochschulen. Dieses Verlangen wurde von den polnischen Studenten brüsk abgelehnt. In einem von der Studentenschaft veranstalteten Meeting hielt der Rektor des Warschauer Polytechnikums, Plaschke, eine schafe antisemitische Rede, die in der jüdischen Studentenschaft und in weiten jüdischen Kreisen die größte Empörung hervorgerufen hat. Die jüdischen Studenten hielten Protestversammlungen ab und beschlossen, in einen Streik einzutreten, der nun schon seit längerer Zeit anhält.

Wie „Gloss Radomski“ vom 3. Mai schreibt, hat der Stadtrat in Dombrowa im österreichischen Okkupationsgebiet beschlossen, daß in Zukunft Juden in der Stadt Dombrowa nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Stadtrates wohnen dürfen. Durch derartige Bestimmungen wird ein neuer polnischer Ansiedlungsrayon geschaffen.

Auf der letzten Sitzung des Petrikauer Stadtrates wurde durch den zionistischen Ratmann Feinkind eine Interpellation eingebracht, die eine Beschwerde darüber enthielt, daß unter den Milizianten der Stadt sich kein einziger Jude befindet und daß auch zu den Vorbereitungskursen für Milizianten kein einziger jüdischer Kandidat zuge-

lassen worden ist. Der Stadtpräsident gab auf diese Interpellation, die als dringlich eingebracht wurde, die Erklärung ab, daß die Kandidaten der Stadtmiliz versichern müßten, daß sie den Milizdienst nicht verlassen werden, eine Versicherung, die die jüdischen Kandidaten abzugeben doch keine Möglichkeit hätten. Es habe kein einziger jüdischer Kandidat versichern wollen, daß er seinen Dienst unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf die Sabbate und jüdischen Feiertage, erfüllen werde. Deshalb seien die Juden nicht zum Milizdienst zugelassen worden.

Im Warschauer Stadtrat.

In der Sitzung des Warschauer Stadtrats vom 19. Mai kam die Frage der jüdischen Handwerker in Warschau zur Sprache. Der polnische Ratmann Rudnitzky behauptete, das jüdische Handwerk bestehe eigentlich nur aus Schundarbeit. „Das sehen wir — sagte Rudnitzky — an der Bijouterie, an der Pelzverarbeitung und allen anderen sogenannten „Warschauer Artikeln", von denen die Geschäfte auf der „Marschalkowska" und der „Neuen Welt" angefüllt sind. Der Jude sieht in seinem Handwerk keinen festen Beruf. Er versteht nur, mit ein bißchen Arbeit rasch ein paar Rubel zu verdienen, um Geschäfte machen zu können. Der polnische Handwerker dagegen ist stolz auf sein Fach und seine Zunft. Er kennt keine anderen Hoffnungen und sein Streben ist nur, sich in seiner Arbeit zu vervollkommnen und ein gutgearbeitetes Stück abzuliefern. Juden haben aber hier und in Litauen den Handel mit maschinengefertigten Schuhen entwickelt und der Export dieser Schuhe nach Rußland hat die Summe von 20 Millionen Rubel jährlich erreicht. Das Ende war, daß der Handel, da die jüdischen Schuhe schlecht gearbeitet waren, zurückging und Wien und Berlin mit Polen zu konkurrieren begannen." Der Redner berief sich auf die Gesetze von 1816, nach denen Pfuscher in die Zünfte nicht aufgenommen werden dürfen. „An der jüdischen Gemeinde in Warschau existieren jetzt schon fast 30 Jahre hindurch Werkstätten, die eine Unmenge Geld kosten und nicht schlecht geführt werden, weil die Instruktoren Christen sind. Und doch haben sie keinen Nutzen gebracht. Bei mir hat sich ein Zögling dieser Schulen beklagt, daß seine Erziehung der Gemeinde ungefähr 6000 Rubel gekostet habe und daß er, wenn man ihm diese Summe in bar gegeben hätte, damit ein Geschäft hätte eröffnen können. So ist es in der Regel. Betrachtet doch einmal die Liste der jüdischen Kandidaten in der 4. Kurie! Ihr seht hier Advokaten, Doktoren, Journalisten, Bankiers, Kaufleute, aber keinen einzigen Vertreter der jüdischen Handwerker."

Hierauf wies der jüdische Ratmann Hirschhorn darauf hin, daß die Forderung, die der Ratmann Trusker auf der letzten Sitzung gestellt hatte, sehr berechtigt ist. „Auf diese bescheidene Forderung erhielten wir die Antwort, daß es überhaupt keine jüdischen Handwerker gebe. Es wäre unter unserer Würde, das jüdische Handwerk zu verteidigen und zu beweisen, daß es jedenfalls nicht schlechter ist als das polnische. Wer nur etwas mit der polnischen Geschichte vertraut ist, weiß, welche bedeutende ökonomische Rolle die jüdischen Handwerker in Polen gespielt haben. Was wir heute über das jüdische Handwerk hörten, hören wir bei jeder Gelegenheit, wenn nur die Rede auf Juden kommt. Bitten jüdische Literaten und Journalisten um eine Subvention wie sie die polnischen erhalten, so verweigert man sie ihnen; versucht man zu erinnern, daß polnische Theater eine Subvention bekommen, während die jüdischen ihrem Untergang zugeführt werden, so erhält man dieselbe Antwort: Die jüdische Literatur ist keine Literatur, das jüdische Theater ist kein Theater, der jüdische Handwerker ist kein Handwerker. Dann sollte man wenigstens konsequent sein und auch sagen, daß das jüdische Geld kein Geld sei. Wenn ihr den Juden nichts gebt, so nehmt von ihnen auch keine Steuern. Man beschuldigt die jüdischen Nationalisten des Separatismus. So weit es sich dabei um unser Recht auf ein eigenes Kulturleben handelt, leugnen wir das nicht . . . So wenig wir uns germanisieren oder russifizieren lassen wollen, so wenig wollen wir von den Polen verschlungen werden. Von einem wirtschaftlichen Separatismus aber haben wir niemals wissen wollen. Für den ökonomischen Wohlstand des Landes wollen wir zusammen mit euch arbeiten und da darf kein Unterschied zwischen Christ und Jude gemacht werden. Der Redner wies weiter darauf hin, daß die Polen vor der Welt eine andere Sprache führen und die polnischen Organe im Ausland stets zu beweisen suchen, daß in Polen alles in Frieden lebe.

Nachdem Ratmann Rupiewitz nochmals in einer Rede behauptet hatte, daß es in Polen keine jüdischen Handwerker im vollen Sinne des Wortes gebe, ergriff der jüdische Ratmann Trusker das Wort zu einer wirksamen Verteidigung des jüdischen Handwerks, wobei er sich auf ein genaues Material stützte. „Ihr laßt", sagte er, „in eure Zünfte keine jüdischen Firmen eintreten, selbst wenn sie schon 40 und 50 Jahre existieren und die höchsen Auszeichnungen für ihre Erzeugnisse erhalten haben. In einer ganzen Reihe von Städten der polnischen Provinz sind Juden in den verschiedensten Handwerken beschäftigt und sind dort auch zu den Zünften zugelassen worden. In Warschau gibt es eine Reihe jüdischer professioneller Schulen, die jährlich Hunderte von ausge-

---

bildeten Schülern entlassen. Die Werkstätten an der jüdischen Gemeinde in Warschau werden musterhaft geführt."

Darauf sprach der antisemitische Ratmann Ilski: „Ihr kommt stets zu uns — sagte er — mit Klagen über Ungerechtigkeit und Intoleranz. Das ist nicht richtig. Wir sind bisher zu tolerant und zu gerecht gewesen gegen unsere „Eroberer". Der jüdische Nationalismus wächst uns über den Kopf, er will unser Land in Besitz nehmen. Alle Eroberer Polens haben sich stets der Juden bedient, um das Polentum in Polen zu ersticken. Sie, die fremden Eroberer, haben den jüdischen Nationalismus unterstützt und gepflegt. Er ist nicht durch Rußland groß geworden, sondern schon früher, unter der Wirkung des Westens . . . Nicht als Antisemit und nicht als Reaktionär bekämpfe ich den jüdischen Nationalismus, sondern als echter Pole, der die ganze Gefahr erkennt . . . Ich habe gar nichts gegen das jüdische Volksbewußtsein, ich verstehe ein solches Bewußtsein im eigenen Land, aber nicht hier auf unserer Erde. Der „Moment" schreibt, daß die Juden in Polen stets eine eigene Kultur gehabt hätten. Wir wollen das weiterhin nicht mehr dulden . . . Wir können nur die Rechte derer anerkennen, die auf dem Boden des Polentums, der polnischen Kultur stehen, aber nicht derer, die hier ein Judäo-Polonien schaffen wollen. Diese Herren arbeiten stets gegen uns in der Presse der andern Länder. Das können wir nicht mehr dulden. Wir sind stark genug gegen das kleine jüdische Häuflein . . . Ich verstehe: jedes Volk strebt nach einem eigenen Staatsleben und für Palästina sind alle diese Ideale ganz berechtigt. Aber nicht hier in Polen, wohin ihr nichts mitgebracht und wo ihr nichts geschaffen habt. Ich selbst würde bereit sein, mit euch für Palästina zu kämpfen — das wäre ein Glück für euch und für uns (Gelächter bei den jüdischen Ratsmännern). Das heißt aber nicht, daß ich Zionist geworden bin. Ich verstehe die Juden und begreife ihre Psychologie. Aber ihr, Polen, seht, was aus unserem Lande wird! Die Juden bauen sich hier Festungen, und wenn es so weitergeht, werden wir untergehen. Fremde wollen uns verschlingen . . . . Unsere Pflicht ist es daher zu warnen: Laßt nicht den inneren Feind in die Tore, er wird sich befestigen und sich auf uns werfen". (Beifall bei allen polnischen Parteien.)

Auf diese Drohrede Ilskis antwortete der jüdische Ratmann Berensohn: „Wißt ihr" — fragte er — „woran uns Juden eure Reden und Gesten erinnern? Sie erinnern uns an jene Leute von Kischinew, an getötete Greise und Kinder, aufgeschlitzte Leiber und von Nägeln durchbohrte Köpfe! Das ist die Herrschaft des Henkers, der hier seine Herrschaft hatte. Er hatte euch die Juden als Knochen zum Fraß hingeworfen, um euch von der Wirklichkeit abzulenken. Und Sie und Ihresgleichen, Herr Ilski, knabbern noch immer daran. Darauf wollen Sie das künftige polnische Leben aufbauen. Jede Frage, die von Ihnen berührt wird, hat den Zweck, den Juden auszustoßen und wir müssen ständig die Verteidigung führen. Das hundertjährige Jubiläum der polnischen Zünfte, das man vor kurzem gefeiert hat, war ein hundertjähriges Jubiläum der Rechtlosigkeit des jüdischen Handwerks in Polen. Schon vor 126 Jahren, als der polnische Staat seinem Untergange nahe war und die besten polnischen Männer alle Mittel anwendeten, um ihn zu halten, hatten sich so „schlechte", „unpatriotische" Polen gefunden, die der Sejm-Kommission erklärten, daß zur Stärkung des polnischen Handwerks und der Kleinindustrie die Juden zu den Zünften zugelassen werden müßten. Im Jahre 1863 hat eine Versammlung polnischer Handwerker eine Resolution gefaßt, in der erklärt wurde, daß die Nichtzulassung der Juden zu den Zünften eine Schande für das polnische Volk sei und gegen den polnischen Geist verstoße. Selbst in der Russenzeit haben sich 30 Prozent der Zunftmitglieder für eine Zulassung der Juden ausgesprochen. (Zuruf: Polen haben eine Menge Fehler gemacht!) Die Judenfrage — schloß der Redner — ist eine Landesfrage und glücklicherweise werden **wir** sie nicht lösen, sondern die Vertreter von ganz Polen. Und wie einst werden sich dann auch wahre Freiheitsstimmen vernehmen lassen, die verstehen, daß der Wohlstand des Landes eine Konzentrierung aller Bürger des Landes ohne Unterschied der Nation und des Glaubens um die Staatsmaschine verlangt. Sie, Herr Ilski, werden das neue Polen nicht aufbauen. Der große Staatsgedanke wird Sie und Ihresgleichen hinwegfegen".

Als letzter jüdischer Redner nahm Ratmann Prilutzki das Wort. Er erklärte, daß er gerne die Beschuldigung auf sich nehme, daß die „Jüdische Volksgruppe" zu oft die Debatte über die polnische Judenfrage herausfordere. Er sagte, die offenherzige Rede des Herrn Ilski sei ihm lieber als das Schweigen der Herren auf den linken Bänken. „Herrn Ilskis Rede werden die jüdischen Zeitungen zum Abdruck bringen, damit die Welt wisse, daß kein einziger Ratmann mit polnischem Familiennamen gegen eine solche Rede opponiert hat. Die Judenfrage gehört zu den Fragen, die jedes moderne Land zu lösen hat. Ein Land, das jetzt seinen Aufbau beginnt, muß mit der Judenfrage den Anfang machen. Nicht mit Drohungen und nicht durch Terror kann hier etwas erreicht werden. Wir haben 2000 Jahre gegen Stärkere kämpfen müssen und sie haben uns nichts anhaben können. Wir haben mit der polnischen Kultur so wenig gemeinsam wie mit der römisch-katholischen Kirche. Kultur ist die eigene Angelegenheit eines jeden Volkes. Anders verhält es sich bezüglich des Staates, d. h. politisch sind wir Polen. Wir erkennen den polnischen Charakter des Landes an. Kulturell und national aber sind wir Juden. Diese Erde ist unsere Erde wie die eure (Großer Tumult im Saal). Nicht Gäste sind wir hier, sondern Bürger, die schon 800 Jahre auf dem gleichen Boden wohnen und für das Land so gut arbeiten wie ihr. In Amerika genügen fünf Jahre, um das Bürger- und Stimmrecht zu erhalten und soziale und Regierungsämter zu bekleiden. Kein Judäo-Polonien

wollen wir hier bauen, sondern volle bürgerliche und nationale Rechte verlangen wir. Man wirft uns vor, daß wir die Auslandspresse beeinflussen wollen. Es ist endlich an der Zeit zu erklären: daß wir daran Interesse haben, daß unsere Forderungen von der europäischen öffentlichen Meinung unterstützt werden, so wie die Polen bezüglich ihrer Forderungen daran interessiert sind. Es ist bekannt, daß die Polen noch vor dem Kriege in allen größeren europäischen Hauptstädten Pressebureaus mit großen monatlichen Budgets unterhielten. Der Warschauer Stadtrat muß endlich begreifen lernen, daß ein Staat alle produktiven Kräfte des Landes braucht und deshalb keinen Unterschied zwischen den Bürgern machen darf. Was schadet es der Einheit des Landes, wenn ein Jude jüdisch spricht, jüdisch liest, in das jüdische Theater geht, wenn er nur arbeitet, Ware auf den Markt bringt, Arbeiter beschäftigt, Steuern zahlt und damit dem Lande dient."

Eine Drohung.

Die im allgemeinen über jüdische Fragen gut unterrichtete „Frankfurter Zeitung" brachte kürzlich einen Brief aus Stockholm über die neue Lage der Juden in Rußland. In diesem stark tendenziösen Briefe heißt es:

„Unter den neuen Verhältnissen äußert sich die zionistische Bewegung mit besondrem Nachdruck. Vom 7. Mai ab wurde in Petersburg ein allrussischer Zionistenkongreß abgehalten. Bereits früher ist gemeldet worden, daß die Zionisten auf einer Tagung in Odessa die Errichtung eines autonomen jüdischen Staates in Palästina forderten. Diese Forderung steht mit der bekannten Kriegszielerklärung Wilsons in einem unleugbaren Zusammenhang. Es ist verständlich, daß die Zionisten bestrebt sind, aus dem Kriegszustand zu gewinnen und ihr Ideal der Errichtung eines jüdischen Kulturzentrums in Palästina rasch und stark zu verwirklichen. Ob die Lage der in Palästina wohnenden Juden durch ein so kritikloses Eingehen auf die englische Kriegshetze erleichtert wird, ist freilich die Frage.

Noch sind im Innern Rußlands, besonders in den südlichen Gouvernements, die Gefahren einer Gegenrevolution nicht völlig überwunden. Nach der Ansicht von Kennern der dortigen Verhältnisse können diese Gefahren in jedem Augenblick einsetzen, wo reaktionäre Kräfte zu einer Hetze gegen die Juden auffordern. Es ergibt sich daraus die Forderung einer vorsichtigen, äußeren Zurückhaltung des jüdischen Elementes in gewissen Fragen der innerrussischen Politik. Und auf dem ganz anderen Gebiete der äußeren Politik könnte ein offener, agitatorischer Anschluß der jüdischen Elemente an die extremen Kriegsziele der Feinde Deutschlands den allgemeinen Interessen der Juden bei den Mittelmächten und im Königreich Polen nicht förderlich sein."

Es ist recht bedauerlich, daß die „Frankfurter Zeitung" diesen Passus, der verzweifelte Ähnlichkeit mit einer Denunziation hat, aufgenommen hat.

Der wirkliche Beschluß der zentralen Institutionen der zionistischen Organisation in Rußland lautete:

„Der Kongreß soll noch vor der Einberufung der Konstituante abgehalten werden zwecks der Organisierung des Judentums zur Verteidigung seiner bürgerlichen und nationalen Vollberechtigung und der im Zusammenhang mit der bevorstehenden Beendigung des Weltkrieges stehenden Lösung des Problems der Einheit des jüdischen Volkes auf Grund der Verwirklichung seiner historischen Rechte auf Palästina."

Das ist etwas ganz anderes als „ein autonomer jüdischer Staat", und es ist bedauerlich, daß die „Frankfurter Zeitung", die ja das zionistische Programm kennt, eine solche Entstellung durchgehen ließ.

Es ist auch schade, daß sie nicht einsah, daß hier in wenigen Sätzen der Versuch gemacht wird, die russischen Juden sowohl vor der türkischen und der russischen wie auch vor der deutschen und österreichischen Regierung bloßzustellen. Die — man muß wohl sagen: Aufforderung — an die Mittelmächte, den zionistischen Traum von einem Zentrum in Palästina als einen Anschluß „der jüdischen Elemente" an die Entente aufzufassen und die Juden im Königreich Polen dafür büßen zu lassen, ist eigentlich zu plump und zu deutlich von judenfeindlicher Gesinnung beeinflußt, als daß ein Blatt vom Range der „Frankfurter Zeitung" ihm hätte Raum gewähren sollen.

Jüdische Arbeiterheime in Polen.

(J.A.K.) Zu den erfreulichen Erscheinungen des jüdischen Lebens in Polen in dieser schweren Kriegszeit gehört das Erstarken der Tendenz der Selbsthilfe in den weitesten Kreisen der jüdischen Bevölkerung. Insbesondere ist diese Tendenz in der jüdischen Arbeiterschaft zu bemerken. Die verschiedenen Richtungen innerhalb derselben haben neben der politischen Tätigkeit auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe Hervorragendes geleistet. In dieser Beziehung stehen die poale-zionistischen Organisationen mit in erster Reihe.

In Warschau, Lodz, Siedlce, Wloclawek, Czenstochau und anderen Städten haben sie Arbeiterheime ins Leben gerufen, um die sich die politische, kulturelle, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeit konzentriert. Das Arbeiterheim in Warschau zählt ca. 1300 Mitglieder und besitzt folgende Institutionen: eine Filiale in der Vorstadt Praga, zwei Arbeiterküchen, die täglich 3000 Mittagessen ausgeben, drei Teehallen, zwei Lesehallen, eine Bibliothek, ein Arbeiter-Kinderheim (die Gründung eines zweiten ist in Aussicht genommen), eine Konsumgenossenschaft. Für die nächste Zeit ist die Eröffnung einer Arbeiter-Bäckerei geplant. Um das Arbeiterheim gruppiert sich eine Anzahl von Gewerkschaften, die zusammen ca. 4000 Mitglieder zählen und ein gemeinsames Zentralbureau der Arbeiterberufsvereine errichtet haben. Die Arbeiterheime haben auch einen Verlag gegründet, welcher in der allernächsten Zeit an die Herausgabe mehrerer Broschüren und eines größeren Sammelbuches mit Beiträgen über aktuelle Fragen des Sozialismus und des jü-

dischen Lebens schreiten wird. Im Anschluß an das Arbeiterheim bestehen in Warschau auch jüdische Arbeiterkurse, über deren Tätigkeit genauere Daten vorliegen. Im Jahre 1916 wurden über folgende Gegenstände Kurse und Vortragszyklen abgehalten: Jüdisch, Polnisch, Deutsch, Mathematik, Geographie, Physik, Hygiene, Politische Ökonomie, Jüdische Geschichte. Die Kurse über die ersten vier Gegenstände wurden regelmäßig von über 300 Schülern besucht. Über Hygiene wurden 160 Vorlesungen mit 10 400 Schülern abgehalten; über Physik 130 Vorlesungen mit 7200 Zuhörern; Geographie 24 Vorlesungen mit 1500 Zuhörern; Ökonomie 20 Vorlesungen mit 1660 Zuhörern; Jüdische Geschichte 80 Vorlesungen mit 9125 Zuhörern; Geometrie 10 Vorlesungen mit 250 Vorlesungen. Außerdem wurden mehrere Vorlesungen über verschiedene literarische und soziale Themen abgehalten, die zusammen von 6600 Hörern besucht waren.

In Lodz bestehen zwei Arbeiterheime und zwar im Zentrum und in der Vorstadt Baluty. Dem Finanzbericht über das Jahr 1916 entnehmen wir folgende Ziffern: In beiden Teehallen wurden ca. 64 000 Brotportionen à 1/4 Pfund (145 000 unentgeltlich) und 460 000 Glas Tee (130 000 unentgeltlich) ausgegeben. Die billige Küche gab über 360 000 Mittagessen aus, davon 61 000 unentgeltlich, der Rest zu 3 Kopeken. Die Konsumgenossenschaft zählt 550 Mitglieder, konnte sich aber infolge der sehr schwierigen materiellen Lage der Arbeiter nicht recht entwickeln. Lebensmittel wurden für 7900 Rubel verkauft.

Beim Arbeiterheim in Lodz bestehen auch Abendkurse für folgende Gegenstände: Jüdisch (450 Schüler), Polnisch (406), Deutsch (384), Mathematik (349), Hebräisch (110), Jüdische Geschichte (60), Naturgeschichte (70), Anatome (72), Politische Ökonomie (102), Geographie (48), Jüdische Literaturgeschichte (63), zusammen 2114 Schüler. Die wirkliche Anzahl der Schüler beträgt 758, so daß jeder Schüler durchschnittlich drei Gegenstände hörte. Die ersten vier Gegenstände wurden in je 3 Klassen unterrichtet, die wegen der großen Schülerzahl in je 2 oder 3 Abteilungen zerfielen. 312 Schüler haben im Jahre 1916 die Kurse absolviert. Die Anzahl der Lehrer ist 39, die alle ohne Entlohnung arbeiten.

Außerdem haben die Arbeiterheime in Lodz einige Lesehallen und Bibliotheken, sie veranstalten besondere Vorlesungen, Vorträge, Theatervorstellungen und leisten auch eine weitverzweigte gewerkschaftliche Arbeit.

Die Einnahmen betrugen 76 163 Rubel, die Ausgaben 84 548 Rubel.

Welt-Echo

Anfrage. Warum erlaubt man dem „Bayer. Vaterland" tagtäglich Verleumdungen und Verhetzungen gegen die jüdischen Mitbürger zu verbreiten? Es schreibt z. B. im (übrigens völlig unlogischem) Anschluß an einen Aufsatz der „Frankf. Ztg.": „Woraus hervorzugehen scheint, daß die Juden den Krieg als in ihrem Interesse geführt betrachten. Und das dürfte ja, was das praktische Ergebnis betrifft, im großen und ganzen stimmen."

Weshalb läßt man solche Hetzereien, die — in etwas versteckter Weise — sowohl die, welche seit bald drei Jahren im Heere kämpfen, wie auch die bereits für Deutschland Gefallenen und jene, die als Bürger daheim ihre Pflicht tun, vor dem Publikum zu verdächtigen suchen, jeden Tag durchgehen? Weshalb überläßt man es dem Publikum, aus dieser Duldung Schlüsse zu ziehen?

Bayerische Lebensmittelversorgung. Durch eine neuerdings ergangene Minister-Entschließung ist nunmehr auch in Bayern Vorsorge getroffen, daß die rituell lebenden Juden an Orten ohne Schechita die Möglichkeit zum Bezuge von rituellem Fleisch erhalten.

Ins österreichische Herrenhaus sind folgende jüdische Mitglieder neu berufen worden: Louis Freiherr von Rothschild, Chef des Bankhauses S. M. v. Rothschild, Bergrat Max Ritter v. Gutmann, Dr. Ph. Ritter v. Gomperz und Moritz Benedikt, der Chefredakteur und Herausgeber der „Neuen Freien Presse".

Der Hilfsbund für Soldaten jüdischen Glaubens bezweckt, aus Vereinsbeiträgen Mittel aufzubringen, um den im Dienste des Vaterlandes in ihrer Gesundheit beschädigten deutschen Feldzugsteilnehmern jüdischen Glaubens, welche rituell zu leben wünschen, Gelegenheit zu geben, in einem eigenen Heim innerhalb des deutschen Reiches Genesung und Erholung zu finden. Nachdem dieser Zweck in der Öffentlichkeit weiter bekannt geworden ist, hat der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge sich an den Vorstand der jüdischen Gemeinde in Berlin gewandt, um seine Bedenken gegen die Durchführung des oben wiedergegebenen Zwecks mitzuteilen. Der Gemeindevorstand hat sich demgemäß über den Antrag des Reichsausschusses schlüssig gemacht und hat eine Kommission beauftragt, deshalb mit dem Hilfsbund in Verbindung zu treten. Es scheint dem Hilfsbund nicht bekannt gewesen zu sein, daß für rituell lebende Soldaten, die infolge Kriegsbeschädigung innerhalb des Deutschen Reiches Genesung und Erholung suchen, bereits in ausreichender Weise durch eine entsprechende Einrichtung beim Roten Kreuz Fürsorge getroffen ist. Diese Einrichtung wird von der Abteilung IX der Bäder- und Anstaltsfürsorge der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz unterhalten. Die Erledigung der Geschäfte der Einrichtung erfolgt durch einen Repräsentanten der jüdischen Gemeinde, welcher in jener Abteilung tätig ist.

Leopold von Rothschild gestorben. Aus London wird der Tod von Baron Leopold de Rothschilds gemeldet. Leopold de Rothschild, der Sohn Lionels Nathan de R., wurde im Jahre 1845 geboren. Am öffentlichen jüdischen Leben nahm er hervorragenden Anteil: er führte den Sitz der jüdischen Emigrationsgesellschaft, war Gabai des „Jewish Board of Guardian" und wirkte viel für die Londoner Zentral-Synagoge. Auch war er Mitglied verschiedener jüdischer Institutionen, der „Anglo Jewish Association", „United Synagoge" und des „Board of Deputies". Wegen seiner hohen gesellschaftlichen Verdienste wurde er von der englischen Regierung mit zahlreichen Orden ausgezeichnet. Er stand seiner Zeit in engen Beziehungen mit König Eduard VII. L. v. Rothschild huldigte den territorialistischen Ideen und unterstützte die Ito, an deren Spitze bekanntlich J. Zangwill steht, mit Rat und Tat. Er bekundete stets reges Interesse für die Geschicke der Gesamtjudenheit.

Das Verbot der jüdischen Korrespondenz in Galizien. Hierüber schreibt das „Lemberger Tagblatt": „Wir wissen nicht, inwiefern die hebräischen Schriftzeichen etwas so schlimmes began-

gen haben, daß die Regierung oder andere Behörden es für notwendig hielten, den Gebrauch der hebräischen Buchstaben in der Korrespondenz zu verbieten. Wir wissen nur, daß in Ostgalizien und der Bukowina, wo die Juden keine andren Schriftzeichen kennen, es für sie überhaupt kein Mittel gibt, mit ihren Angehörigen und geschäftlich zu korrespondieren, wenn die Postzensur alle ihre Briefe mit dem Bemerken „Jüdisch verboten" unterdrückt. Wir wissen auch, daß verschiedene Anfragen an das Ministerium gerichtet wurden, die das Ministerium keiner Antwort gewürdigt hat. Man weiß daher nicht, ob diese Bestimmung von der obersten Behörde oder von subalternen Beamten herrührt".

Die Kopenhagener Spitzel-Affäre. In Kopenhagen erregen die Spitzeldienste, die der Agent Korsakow der russischen Ochrana leistete, großes Aufsehen. Er hatte die Berichterstattung der russischen Blätter zu überwachen und sandte der „Nowoje Wremja" falsche Nachrichten. Außerdem stand er mit dem Führer der Schwarzen Hundert-Markow II. in nahen Beziehungen. Nunmehr ist er von den in Kopenhagen wohnenden Anhängern der provisorischen Regierung entlarvt worden. Über eine Versammlung russischer Juden soll er in so verleumderischer Weise berichtet haben, daß dieser Bericht von dem inzwischen abgesetzten General Skalon als Vorwand für Pogrome benutzt wurde. Die Kopenhagener Juden haben sich an den Minister Kerensky mit der Bitte gewandt, Korsakow wegen seiner Verleumdungen gegen die Juden gerichtlich zu belangen und auch die „Nowoje Wremja" und „Vetschernia Wremja" zu verklagen.

Die Judenfrage auf der Stockholmer Konferenz. Die im Haag erscheinende „Jüdische Arbeiterkorrespondenz" schreibt: Das jüdische Proletriat erwartet, daß die Stockholmer Konferenz bei der Beratung über die nationalen Probleme, deren Lösung unvermeidlich geworden ist, den nationalen Forderungen des jüdischen Volkes, wie sie in dem Programm des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses in den Beschlüssen des Jüdischen Arbeiterkongresses in New York, in der Denkschrift des Jüd. Soz. Verbandes Poale Zion an die Internationale zum Ausdruck kommen, die gebührende Achtung zuwenden wird. Wir dürfen wohl von der Internationale verlangen, daß sie die jüdischen Minderheiten in verschiedenen Ländern gegen gewaltsame Entnationalisierung und nationale Entrechtungen wirksam schützt, daß sie unseren arbeitsuchenden Massen die Freiheit der Ansiedlung und nationalen Konsolidierung in und um Palästina sichert. Die Hoffnung ist begründet, daß sich die Mehrheit der Sozialistischen Parteien auf diesen Standpunkt stellen wird.

Es ist nunmehr die Aufgabe der jüdischen sozialistischen und Arbeiterorganisationen, ihre Fraktionsdifferenzen in diesem Augenblick weltgeschichtlicher Entscheidungen zurückzustellen und dem jüdischen Volke seine nationalen Rechte zu verbürgen.

Der „Bund". Am 22. April fand eine Sitzung der Mitglieder der jüdischen Arbeiterpartei (Bund) statt. Es wurde über die Parteikonferenz Bericht erstattet. Die Konferenz beschloß, daß im Interesse der freien nationalen Entwicklung des russischen Judentums ein Zentralorgan der jüdischen national-politischen Autonomie (ein jüdischer „Sejm") geschaffen werden müsse. Dieses Organ hätte den kulturellen Bedürfnissen der Juden (Schulen, Theater, Museen, öffentliche Fürsorge, soziale Hilfe usw.) sein Interesse zu widmen. Die Konferenz drückte den Wunsch aus, daß alle jüdischen Arbeiterparteien zu einer Partei verschmolzen werden sollen; es wurde beschlossen, an dem russisch-jüdischen Kongreß teilzunehmen.

Der jüdische Kongreß in Rußland. In der letzten Nummer von „Jewreiskaj Jisn" gibt A. Grünbaum in einem „Der allgemeine russisch-jüdische Kongreß" betitelten Aufsatz eine klare Aufstellung der Grundlagen und des Programmes des Kongresses. Er führt aus, daß im Jahre 1905 nur einige wenige jüdische Persönlichkeiten die Forderung eines allgemein jüdischen Kongresses in Rußland aufgestellt haben, daß diese Forderung dann im Jahre 1906 von den Zionisten in Helsingfors erhoben wurde, und daß heute sich alle jüdischen Parteien Rußlands in der Forderung der sofortigen Einberufung eines solchen Kongresses einig sind, sogar der „Bund", der dem Kongresse den in Helsingfors festgelegten Namen einer „Nationaltagung" gibt. So stark hat sich das russische Judentum in den letzten 11 Jahren nationalisiert... Der Kongreß soll vor allen Dingen die Form der Organisation des russischen Judentums festlegen und die Forderung dieser Organisierung dann vor der künftigen Gründungsversammlung erheben.... Der Kongreß soll ferner die Forderungen des jüdischen Volkes an den künftigen Friedenskongreß präzisieren. „Wir russischen Juden, die nunmehr befreit sind, müssen ebenso wie es die amerikanische Judenheit bisher getan hat, kämpfen für die Durchführung der Gleichberechtigung der Juden, wo sie noch nicht gewährt ist. Wir russischen Juden, die das Hauptzentrum des Judentums sind, dürfen nie vergessen, daß auf uns die Pflicht ruht, alle Hoffnungen zu unterstützen, die die Juden auf Palästina hegen."

Konferenz des hebräischen Sprachverbandes. Am 23. April hat in Moskau eine Konferenz des hebräischen Sprachverbandes Chowewe Sfath Ewer stattgefunden. Es referierten Herr Hillel Slatopolsky (Programm des Sprachverbandes), Ch. N. Bialik (Nation und Sprache), Dr. Joseph Klausner (Jüdische Erziehung außerhalb der Schule), Dr. M. Glücksohn (Hebräische Presse), Zemach (Hebräisches Theater), Dr. Mohilewer (Hebräisches Lehrerseminar); eine Reihe anderer Referenten behandelte die Frage der Organisierung hebräischer Schulen, Herausgabe hebräischer Kinderliteratur usw. Der bekannte Moskauer Industrielle Herr S. Persitz berichtete über die Organisation des hebräischen Sprachvereins und seine finanziellen Hilfsmittel. Ferner wurde behandelt die Frage der Organisierung eines hebräischen professionellen Lehrer-Verbandes und die Einrichtung von Abendkursen und Sabbathschulen.

Ein jüdischer Kongreß in Rom. Ein Kongreß aller jüdischen Gemeinden und Vereine Italiens wird demnächst nach Rom einberufen werden. Auf dieser Tagung sollen nationaljüdische Fragen besprochen werden. Senatoren, Abgeordnete und einige Minister werden aufgefordert werden, dem Kongreß beizuwohnen.

Der jüdische Kongreß in Amerika. Bei der Sitzung, in der das Datum des Kongresses auf den 2. September d. J. festgesetzt wurde, beschloß man gleichzeitig, den Wahltermin auf den 3. Juli anzusetzen. Für die Einberufung des Kongresses wird ein Betrag von 100 000 Dollar notwendig sein, der hauptsächlich zur Deckung der Reisespesen für die Delegierten verwendet werden soll.

Literarisches Echo

Dr. Salomon Kassner. Die Juden in der Bukowina. R. Löwit Verlag Wien und Berlin 1917. K. 2.—.

Zum ersten Male eine ausführliche Darstellung über die Juden der Bukowina. Eine Schrift zur Information des Westens. Sie bietet auch eine Schilderung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zustände des östlichen Kronlandes, dessen große Bedeutung für Österreich und die europäische Kultur überzeugend nachgewiesen wird. Hiebei wird auch die vorbildliche Lösung des Nationalitätenproblems im Buchenlande — wegen seines Völkerkonglomerates Klein-Österreich genannt — dem Westen verständlich gemacht. Die Schrift enthält im historischen Gewande so manchen bemerkenswerten politischen Hinweis und wird daher nicht nur von den Juden Bukowinern, sondern von jeden guten Österreicher, bei den Bundesgenossen, insbesondere in Deutschland, und auch von Politikern und Diplomaten mit großem Interesse gelesen werden.

Feuilleton

Jüdische Privatbriefe aus dem Jahre 1619.

Unter diesem Titel erschien vor einigen Jahren ein von Dr. Alfred Landau und Dr. Bernh. Wachstein herausgegebenes Werk. In ihm sind 47 von Prager an Wiener Juden gerichtete Briefe vereinigt, die im Laufe weniger Tage geschrieben und wohl in den Wirren des dreißigjährigen Krieges aufgefangen wurden, worauf sie in das k. und k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien gelangten. Die Einleitung zu diesem Werk gibt interessante Aufschlüsse über den jüdischen Briefverkehr vergangener Jahrhunderte. Es heißt darin:

Briefe und Briefsammlungen bilden einen ansehnlichen Teil der Literatur der Juden. Die Mehrzahl der gedruckten und handschriftlichen Briefsammlungen aus alter Zeit besteht jedoch aus literarischen Werken, die nur der Form nach zu den Briefen gehören. Dies gilt nicht nur von der ausgedehnten Rechtsgutachtenliteratur, die in diese Form gekleidete Entscheidungen über Fragen der religiösen Praxis enthält, sondern auch von den mit „Iggeret" oder „Michtab" überschriebenen Schriften, die religionsgesetzliche, ethische, exegetische und sonstige literarische Gegenstände behandeln. Wenn auch die Musterbriefsammlungen diesen Schriften entnommen sind, so sind sie doch auch in formaler Beziehung nicht als Beispiele von Briefen im eigentlichen Sinne, von Privatbriefen, anzusehen, nicht allein deswegen, weil in ihnen die höhere Bildung und die Verfeinerung des Geschmackes der Schreiber mehr oder weniger deutlich hervortritt, sondern hauptsächlich deshalb, weil sie bald mehr bald weniger bewußt für die Öffentlichkeit geschrieben sind und daher als literarische und wissenschaftliche Hervorbringungen beurteilt sein wollen.

Wenn nun auch in diesen Briefen der zeit- und sittengeschichtliche Hintergrund durchschimmert, so gewähren sie uns doch keinen solchen Einblick in die Zeitverhältnisse wie die Privatbriefe, die teils zu persönlich praktischen Zwecken, teils aus bloßem Mitteilungsbedürfnis geschrieben nur für den Empfänger bestimmt sind. Mit gutem Grunde hat sich daher das Interesse der Gegenwart diesen menschlichen Dokumenten zugewendet, aus denen uns nicht bloß das äußere Bild, sondern das Fühlen und Empfinden der Menschen vergangener Zeiten unmittelbar entgegentritt. Vor allem ist es das Verdienst des deutschen Kulturhistorikers G. Steinhausen, die briefgeschichtliche Forschung nicht nur angebahnt zu haben, sondern mit unermüdlichem Eifer und wachsendem Erfolge noch weiter auszubauen.

Was uns besonders in die Augen springt, ist die hohe Schätzung der Gelehrsamkeit in der damaligen jüdischen Gesellschaft. Derselbe Mann, der mitten im Erwerbsleben steht, dessen Praktiken er alle kennt, hält seinem Sohn, der ihm durch seine Geldgeschäfte bittere Enttäuschung bereitet, eine derbe Strafpredigt, in der er den Handel mit den verächtlichsten Ausdrücken bezeichnet. Er kann sich gar nicht darein finden, daß sein vor kurzem verheirateter Sohn sich dem Handel, zu dem er ja später noch Zeit haben werde, und nicht dem Studium der Lehre hingibt. Notgedrungen erteilt er ihm allerdings gleichzeitig gute Ratschläge in Sachen des Geschäftes. Die Hauptsache ist ihm dieses aber nicht. Überhaupt ist dieser Brief Nr. 3, von einem ungelehrten Manne geschrieben, der ungeschminkt die Sprache seiner Natur redet, typisch für die Werte der damaligen jüdischen Welt. Diese Schätzung der um ihrer selbst willen, nicht zur Erreichung praktischer Zwecke betriebenen Gelehrsamkeit kommt auch in dem Bestreben zum Ausdruck, einen gelehrten Schwiegersohn zu gewinnen. Auf einen solchen wird förmlich Jagd gemacht. Die internationalen Handelsbeziehungen, an denen es den Juden nicht fehlte, werden ausgenützt, alle geschäftlichen Kniffe werden zu Hilfe genommen, um einen solchen vielversprechenden Jüngling einzufangen. Die ganze Familie, die durch den Eintritt eines gelehrten Mitgliedes an Ansehen gewinnt, tut dabei selbstverständlich mit.

Der gelehrte Mann wird auch in seiner Abwesenheit respektvoll „Rabbi" benannt. Ja sogar die nächsten Blutsverwandten bedienen sich dieser und anderer Titulaturen gelehrten Familienmitgliedern gegenüber. Diese Ehrfurcht vor der Gelehrsamkeit überträgt sich selbst auf die Bücher, die sehr verbreitet gewesen sein müssen, wenn sie in vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen eine Rolle spielen und sogar als Zahlungsmittel gangbar sind.

Dem Ungemach ausweichen, den jeweiligen Bedingungen sich anpassen — „Heil dem, der immer fürchtet" — das sind die Mittel, deren sich diese Menschen bedienen, um sich nicht vom Leben verdrängen zu lassen. Inhalt des Lebens ist ihnen aber einzig und allein die geistige Arbeit. Wenn auch der Gegenstand ihrer geistigen Beschäftigung zumeist die von Geschlecht zu Geschlecht überlieferte und kommentierte Lehre ist, so würde

man doch fehlgehen, in dem religiösen Moment oder in diesem allein das Bewegende ihres Lebens zu suchen. Es ist vielmehr die Geistigkeit selbst, die das größte Ungemach des Lebens zu paralysieren und die Beherrschung desselben zu bewirken imstande ist, wie dies das Machtbewußtsein, das seiner Natur nach ein sehr intensives, aber nicht ebenso dauerhaftes ist, nicht vermag. Freilich darf auch nicht übersehen werden, daß dieses Wissen in ihren religiösen Vorstellungen seine Voraussetzung hatte. Der realistische, im Erwerbsleben geschulte Sinn konnte hier die größte Befriedigung erfahren. Alle diese Theoreme, praktische und unpraktische, nüchterne und ekstatische, die den draußen gequälten Geist beruhigten und erhoben, sind göttliche Wahrheiten von absoluter Giltigkeit. Demgemäß war auch die Freudigkeit nicht von dieser Welt. Man fürchtet, man hofft, man erwartet, man verliert, man hungert nach Neuigkeiten — in einer presselosen Zeit selbstverständlich, den Juden konnte aber auch jede politische Veränderung teuer zu stehen kommen — aber irgend etwas steckt in diesen Menschen, das ihnen einen besonderen Halt verleiht. Und so, und nur so kann es erklärt werden, daß Menschen, für die in der sie umgebenden Gemeinschaft kein Platz war, nicht nur ihr Ehrgefühl nicht verloren, sondern es vielmehr in ihrer Welt bis zur höchsten Potenz gesteigert haben, während sonst einer Minderheit das Bewußtsein des Eigenwertes durch allgemeine Mißachtung verloren zu gehen pflegt. Daher die Urbanität im gegenseitigen Verkehr, von der die Briefe reichlich Zeugnis ablegen, daher die vielfachen Würden und Titulaturen bei Menschen, die von der christlichen Gesellschaft nicht des geringsten ehrenden Beiwortes gewürdigt wurden. Es geschieht deshalb nicht mit Unrecht, wenn auf diese und ähnliche Zeugnisse als auf eine Quelle hingewiesen wird, um das Seelenleben des mittelalterlichen Juden zu erfassen. Die reichhaltige jüdische Literatur bietet ja hiefür Stoff genug, dem Forscher gebricht es jedoch an Mitteln, das seelische Gehaben des Volkes als solches zu erkennen. Man kann bei den vielen, auf Grund von rein literarischen Materialien aufgebauten Darstellungen des jüdischen Innenlebens die Empfindung nicht loswerden, daß hier etwas wesentliches fehlt — der Monolog des vormodernen Dramas, die unmittelbare Äußerungsweise des unliterarischen Menschen, das Verhältnis der Masse zu dem Vorstellungskreis, der als einem Volke eigentümlich angesehen wird.

Wie stark das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb dieser engen Gemeinschaft war, zeigt die Häufigkeit der Unterstützungsansprüche, die nicht nur an die nächsten Familienmitglieder, sondern auch an entfernte gestellt werden. Der Ton einer gelinden Forderung, den diese Wünsche oft annehmen, beweist, daß die Schreiber mit Grund auf die Erfüllung, als auf etwas selbstverständliches, rechnen durften. Ja wir sehen sogar, daß in dringenden Fällen die Verwandten zu solchen Leistungen zwangsweise verhalten werden konnten.

Zu einem bunten Mosaikbilde des äußeren Lebens fügen sich die in den Briefen verstreuten zahllosen kleinen Einzelheiten zusammen. Wir erhalten Einblick in das Gemeinde- und häusliche Leben, Erwerb und Hauswirtschaft, Geldverhältnisse und Unterrichtswesen; Eheschließungen und Familienfeste, Trachten, Speisen und manches andere kommen zur Sprache.

Über diesem friedlich stillen, eng umgrenzten Leben grollen jedoch bereits die Donner des beginnenden Dreißigjährigen Krieges, dessen Schrecken ohne Ende die Schreiber allerdings noch nicht zu ahnen vermochten, obwohl sich auch ihnen schon seine Heimsuchungen fühlbar zu machen begannen, so in dem Auflaufe in den Prager Judengassen, in dem Abfangen von Reisenden und Boten und der Plünderung von Nikolsburg, unter der ihre Angehörigen zu leiden hatten. Trotz Blattern, Pest und anderen Seuchen, Teuerung und Steuerdruck, Geldknappheit und Einschnürung aller Erwerbsgelegenheiten bricht aber immer wieder der unverwüstliche jüdische Optimismus durch, und das allgemeine Urteil der durch jahrhundertlange Gewöhnung an Leiden Abgehärteten lautet schließlich: die Lage sei noch zu ertragen.

Soviel über den Inhalt der Briefe. Besondere Beachtung verdient aber noch ihre Form. Wir lernen die Ausdrucksweise aller Stände, Alters- und Gesellschaftsklassen kennen: anders schreibt der Gelehrte, anders der Geschäftsmann, der arme Vater des Dieners, der seinem Sohne Rat erteilt, wie er sich in seiner Stellung zu verhalten habe, der Schüler, der sich ängstlich an die eben erlernten Formeln klammert, und die Frau, die, wenn sie auch nicht selbst die Feder führt, oder gerade da erst recht ihrer natürlichen Beredsamkeit freien Lauf läßt.

Für den Briefstil charakteristisch ist das Überwuchern der formelhaften Elemente, die sich sowohl in den hebräischen als in den jüdischen Texten, und zwar zum großen Teil übereinstimmend finden. Es unterliegt keinem Zweifel,' daß diese Formeln schon den Kindern beim Schreibunterrichte eingeprägt wurden, wie dies noch vor nicht langer Zeit bei den Juden des Ostens geschah und wohl hie und da noch geschieht. Einen deutlichen Beweis hiefür liefert der Knabenbrief Nr. 4, dessen Schreiber schon Kenntnis aller Formeln, sowie der schematischen Bestandteile eines Briefes zeigt, aus denen er nur ein leeres Gerüst zusammenzimmert, das er durch tatsächlichen Inhalt auszufüllen nicht imstande ist.

Die jüdisch-deutschen Formeln zeigen aber außerdem eine auffällige Ähnlichkeit mit den im 16. Jahrhundert und in früherer Zeit in deutschen Briefen üblichen. Den ursächlichen Zusammenhang dieser Erscheinung aufzuhellen, wäre eine dankenswerte Aufgabe, für die es jedoch noch an den nötigen Vorarbeiten fehlt.

Den Eingang bildet eine Formel wie: vil (oder tausent) guter seliger gebenschter freidiger jar (nicht jeder Schreiber gebraucht all diese Adjektive), die solen dir ale weren war; auf dein heipt un' har. Diese Formel findet sich bereits in einem (von Güdemann III, 101 zitierten) Briefe Schondlins, der Frau Isserleins von Wiener-Neustadt (gest. 1460): gar vil guter jor, di musen dir werden war, wi du gut bist. (Jetzt gedruckt im Leqet joscher des Josef b. Mose, herausgegeben von J. Freimann, Berlin 1904, II, 19 f.)

Wenn man aus diesem einen Beispiele schließen darf, sind die kürzeren Formeln die ältesten und hat erst die überschwängliche Zärtlichkeit der Schreiber, der die überlieferten Wer[illegible]n schon zu nüchtern vorkamen, durch Häufung von Synonymen zur späteren Hypertrophie geführt. Dem steht noch entgegen, daß man, wenn Eile oder Raummangel dazu nötigte, auch ganz ohne Formeln auskommen konnte.

Eine andere Formel ist: „vil freid un' nimer mer kein leid" mit vorausgehendem „vil guts", erweitert

durch die Reime: sol sein bereit zu ale zeit. Mit der ersten Formel: gar vil guter seliger gebenschter jar usw. verbunden: un vil guter zeit, as sand in mer leit. Seltener sind die Anfänge: un' gesund; un' gesunder jar; vil zu aler zeit un' stund; vil guter zeit un' weil.

Auf diese Wünsche folgt die Bezeichnung des Adressaten: zu hant meiner lieben mum, meiner herzigen liben schwester und dergl. die frum un' die klug, dann der Name, hierauf bei Männern die hebräische abgekürzte Titulatur, nach Aufzählung der Adressaten und ihrer Kinder noch: un' zu als was enk lib es.

Hierauf folgt die Formel: erstlich seid wisen mein (unser aler) gesunt, des gleichen sol ich heren von enk zu aler zeit un' stunt, ein so oder vil beser oder vil men solstu sein zu aler stund, vil mer (als) etz begert un' reden mecht mit enkerm mund.

Die Männerbriefe beginnen mit שלום. Der später häufig gewordene und heute allgemein übliche Eingang: ב״ה, Gelobt sei Gott! kommt nur einmal vor.

Einem anderen Typus gehören die gereimten Anfänge an, die sich auf die Zeit des Schreibens beziehen und damit die Kürze entschuldigen.

Hierauf wird über das eigene Wohlbefinden berichtet und dem Empfänger das gleiche gewünscht, meist in Reimen.

Der sachliche Inhalt des Briefes wird mit „vor allem" oder „von ersten, sei wisen" eingeleitet, und jede neue Mitteilung meist mit שוב oder mein sei wisen das, oder belangt das. Den Beschluß bildet: ich weis dir weiter oder auf der zeit niks men zu schreiben, ich weis nit me zu schreiben.

Die zur Unterschrift überleitenden Schlußformeln sind ziemlich mannigfaltig, darunter eine gereimte: damit behit enk got frie un' spot vor aler nod, das bit un' begert (die enk hot lib un' wert) enker schwester. Am häufigsten ähnlich der Eingangsformel: vil guts oder vil (hundert oder tausend) gesunte oder guter (gebenschter) freidiger jar von mir oder von dein weib.

Die Unterschrift ist immer hebräisch. Frauen bezeichnen sich dabei nicht als Frau des N. N., also auch nicht mit dem Familiennamen des Mannes, sondern als Tochter des N. N. mit Beifügung aller ihrem Vater gebührenden Titulaturen.

Auf die Unterschrift folgt noch: die ale zeit an eich gedenkt zu guten, oder: die gern heret dein wolgang.

Ganz zuletzt folgen die Grüße: gris al unsere libe heipt; ale die nach mir fregen; ales was (oder wer) enk lib is, un' nach mir frekt; ale die dir guts genen. Die hebräischen Briefe endigen, so wie sie fast immer mit „Frieden" beginnen (Buxt. 16 ff.), auch vielfach mit diesem Ausdruck in verschiedenen Kombinationen.

Die Adresse wird auf die letzte leere Seite des Bogens geschrieben, meist, um das Schriftbild gefälliger zu gestalten, in symmetrischer Anordnung, und zwar so, daß die erste und letzte Zeile einnehmenden (immer hebräischen) Angaben des Bestimmungs- und Schreibortes möglichst weit auseinander gerückt werden. In die Mitte zwischen die beiden ersten Worte kommt gewöhnlich der Anfang des Adressentextes. Im übrigen wiederholt die Adresse ganz den Eingang des Briefes mit allen Verwandtschaftsbezeichnungen und Titulaturen des Adressaten. Mancher läßt sich auch hier die Gelegenheit nicht entgehen, schwülstige Phrasen anzubringen: die Briefe sollen einen hohen Berg (den Adressaten) ersteigen, der mit heiligem Salböl gesalbt ist, und dessen Lippen wie eine rosenfarbene Schnur sind.

Bei der Kleinheit der Gemeinden, wo derjenige, der die Briefe den Adressaten zuzustellen hatte alle persönlich kannte, war die Angabe der Wohnung überflüssig.

Fortsetzung folgt.

Ein jüdischer Kinderbrief aus dem Jahre 1619.

Jesaia, Sohn des Israel Hamerschlag, an seinen Bruder Ahron und dessen Frau Frumet.

Gelobt sei Gott! (An den,) an dessen Seele meine Seele geknüpft ist, eine Krone Gottes auf sein Haupt, prächtig und schön sein Gewand, in Ewigkeit erlösche nicht sein Feuer und gehe seine Sonne nicht unter, mein geliebter Bruder, mein Freund, mein Liebling, die Krone meines Hauptes, würdig und herrlich in jeder Art von Herrlichkeit und Gestalt, gottesfüchtig, weise und verständig, Khrr Ahron b. F. E. und an deine Frau, die züchtige und würdige gleich unserer Mutter Sara, ein Biederweib wie Esther und Abigail, Frau Frumet s. l. Vor allen Dingen meine Gesundheit, möge sie euch niemals mangeln. Ferner, geliebter Bruder, sol ich heren von enk zu aler zeit un' stund. Ferner liber bruder, sol ich enk schreiben von mein Studium, is G. l. in gutem Gange. Ferner, liber bruder, sol ich enk vil Neuigkeiten schreiben, ich weis auf der zeit nischt zu schreiben. Weiter, liber bruder, sol ich dir schreiben von allen Dingen: der tet hat dir es geschriben. weiter, liber bruder, sei wisen, das mir haben dein briw empfangen, un' habn sich gefreut, das ezt al gesunt seit. Und damit empfange Segen und Frieden vom Herrn der Welt. Von mir, deinem jüngeren Bruder Jesaia, Sohn des Chanoch l. z. l. J. Hamerschlag.
die bab Hendel last dich grisen.

(Adresse:)

N. d. h. G. Win.

Zu
Handen meines geliebten Bruders, meines Freundes, meines Lieblings, der Krone meines Hauptes, des teuren und ausgezeichneten in Vorzügen jeder Art, Khrr Ahron b. F. E. Sohn m. H. V. Chanoch Hamerschlak.
es verdroß die Schlange sehr.

(Man sieht wie der Knabe fast nur auswendig gelernte feststehende Formeln benutzt, die er mit eignen Gedanken nicht zu erfüllen vermag.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse wurde verliehen dem kgl. Leutnant der Reserve Siegfried Katzmann in Magdeburg, dem kgl. Leutnant d. Landwehr Richard Kaufmann in München-Gladbach, dem kgl. Leutnant der Res. Erich Glas in Seesen a. H., dem kgl. Leutnant Siegfried Wolff in Trier, dem kgl. Leutnant Herbert Jacob in Berlin, dem k. Oberstabsarzt der Res. Dr. Ludw. Kantorowicz in Posen, dem kgl. Stabsarzt der Res. Dr. Eduard Mislowitzer in Berlin, dem kgl. Leutnant der Res. Hermann Pelzer in Bitburg, dem Vizefeldwebel Martin Jacobowitz in Breslau, dem kgl. bayer. Hauptmann der Res. Alfred Weil in Frankfurt a. M., dem kgl. Leutnant Hans Herz in Frankfurt a. M., dem Leutnant Ernst Kassel in Hamburg, dem Leutnant Eugen Selig in Hechtsheim, dem Wachtmeister Fritz Adler in Hindenburg, dem kgl. b. Leutnant der Res. Friedrich Ottenstein in Nürnberg, dem kgl. Stabsarzt der Res. Dr. Issy Meyerhoff in Rothenfels, dem Leutnant der Res. Fritz Grünewald in Unna und dem kgl. Leutnant der Res. Heinrich Scharf in einem b. Inf.-Regt.

Zum kgl. bayer. Major der Landwehr wurde der Hauptmann Isidor Löwensohn in Fürth befördert.

Zu kgl. bayer. Leutnants der Res. wurden befördert die Vizefeldwebel Emanuel Kayser in einem Inf.-Regt., Theod. Reiß in einem Inf.-Reg., Artur Braunschweig, G. Liebermann, Fritz Gutmann, Julius Held und Heinrich Meyer in einem Inf.-Regt., Hermann Heinemann, Theodor Lehmann und Heinr. Mohr in einem Feldart.-Regt., Max Levi in einem Fußart.-Regt., David Weiler in einer Minenwerferkomp., Ernst Jacob bei d. Fernsprechern, Ernst Krämer (Nürnberg), Heinrich Mosbach (Kaiserslautern), Adolf Reinheimer bei einem Ldw.-Inf.-Reg., Hubgo Günzburger und Mor. Herrmann in einem Inf.-Regt., Wilhelm Kronheimer in einem Fußart.-Regt. und Martin Oppenheimer beim Train.

Der kgl. bayer. Michaelsorden 4. Klasse mit der Krone wurde dem kgl. Justizrat Ludwig Bauer und dem kgl. Distriktsrabbiner Dr. Richard Grünfeld in Augsburg verliehen.

Der kgl. bayer. Militärverdienstorden 4. Klasse mit Schwertern wurde verliehen dem kgl. Oberstabsarzt der Landwehr Dr. Ernst Deutschländer (Hof), dem kgl. Oberleutnant der Res. Karl Neumann beim Train, den kgl. Leutnants der Res. Richard Lang, Eugen Michaelis v. d. Inf., Julius Mezger, Heinrich Neumann, Hermann Reich und Jacob Emden von der Feld-Art., Gust. Bloch, Erich Gärtner, Fritz Herzberg, Joseph Leven (Hof) von der Inf., Karl Wolff von der Feldart., Walter Steppacher und Sigmund Reis vom Train und dem Landsturmarzt Dr. Paul Löwenberg.

Oldenburgische und bulgarische Orden wurden verliehen dem k. Kommerzienrat Heinrich Morgenstern in Fürth, dem Kommerzienrat Max Frank in Dresden und dem k. spanischen Konsul Rechtsanwalt Dr. Otto Pflaum in München.

München. Nach kurzem schweren Leiden ist am 27. Mai der Konsul und Kommerzienrat Siegfried Ballin im 68. Lebensjahre verschieden. 1850 zu Würzburg als Sohn eines Kaufmanns geboren, widmete er sich dem Kaufmannsstande. 1870/71 unternahm er große Auslandsreisen zur Erweiterung seiner Kenntnisse, ließ sich 1871 als Bankier

in München nieder, verheiratete sich 1877 mit Frl. Leontine Rosenthal und wurde 1900 zum Konsul von Venezuela und 1905 von Brasilien ernannt. 1907 wurde ihm der Titel eines königl. bayer. Kommerzienrats verliehen. Schon 1901 gab er sein Geschäft auf und widmete sich fremden Gründungen, er wurde Aufsichtsrat verschiedener Aktien-Gesellschaften, besonders Versicherungsgesellschaften, von denen er sich jedoch in den letzten Jahren infolge Krankheit zurückzog. Lediglich der Voltohm-Kabelwerke A.-G. in Frankfurt gehörte er als Vorsitzender des Aufsichtsrates bis nun an. In Mußestunden trieb er eifrige Studien in Geschichte, Kunst-, Kultur- und Religionsgeschichte und war auf diesen Gebieten ein geschätzter Mitarbeiter größerer Tageszeitungen. Er war Mitglied des Freien deutschen Hochstifts, des Münchener Journalisten- und Schriftsteller-Vereins, der Loge, mehrerer ethischer und humanitärer Gesellschaften.

Gunzenhausen. Nach einem mit seltener Standhaftigkeit ertragenem Leiden verschied dahier der langjährige Vorstand der Kultusgemeinde, Herr Julius Gutmann. Er war einer der Gründer des Gunzenhausener Palästinakomitees, für das er noch während seiner Krankheit tätig war. Er gehörte noch zu den leider noch seltenen Kehillamännern Süddeutschlands, die auch zionistischen Fragen ohne Voreingenommenheit gegenübertreten. Die Frage der Arbeitsschaffung durch Hilfsgelder hatte seine volle Sympathie. Er wußte mit seinem praktischen Weitblick, daß dadurch lebendes Kapital geschaffen wurde, das immer wieder aus sich selbst heraus Gutes zeugt. So faßte er das Hilfswerk für Palästina auf und darum galt ihm seine Tätigkeit, auch wenn er kein organisierter Zionist war. Mögen andere in die Bresche springen und damit seinen Namen ehren!

Verein Bne-Jehuda wünscht seinen vormaligen Vorstandsmitgliedern Herrn Joseph Löwy und Fräulein Mirjam Tennenbaum ein herzliches Maseltof zu ihrer Verlobung. 3 M. Leib Sternfeld wünscht Fräulein Tennenbaum und Herrn Joseph Löwy zu ihrer Verlobung ein herzliches Maseltof. 5 M. Pinkus Tobias gratuliert Fräulein Tennenbaum und Herrn Joseph Löwy zu ihrer Verlobung. 2 M.

Verein Bne-Jehuda gratuliert Herrn Arnold Marlé und Frl. Lilly Freud zu ihrer Verlobung. 3 M.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Verein Bne-Jehuda. Dienstag, 19. Juni treffen sich die Mitglieder punkt 8.30 Uhr. Der Vorstand.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Wanderung Sonntag, den 17. Juni 1917. Treffpunkt 1.25 Uhr Hauptbahnhof. Fahrt nach Allach. Wanderung Karlsfeld. Kosten 50 Pfg.

Die Führerschaft.

Unsere Mitglieder treffen sich jeden Mittwoch abend 8.30 Uhr am Stammtisch im Café Orlando di Lasso. — Der Turnrat.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“. 17. VI. 1. Zug: Starnberger Bahnhof 7.30 Uhr. Kreutlinger Forst. Kosten 30 Pfg. 2. Zug: Hauptbahnhof 4.45 Uhr. Jägerkamp. Kosten 3 M. 3. Zug: Bogenhauserbrücke 2 Uhr. Isarabwärts. Kosten 5 Pfg. 1. u. 3. Gruppe: Wasserburg. Näheres Hanne Kraft. 2. Gruppe: Bavaria 8 Uhr. Zum Baden. Kosten 40 Pfg. 4. Gruppe: Ost-Bahnhof 7.50 Uhr. Höhenkirchen-Rastensee. Kosten 80 Pfg.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München